

der Begriff der *Communio*. Ein Kapitel „Neues, das der Geist in dieser Kirche schafft“ nennt die Begriffe „Umkkehr“ (zur Armut und zum Leben ohne Privilegien im Stil des Evangeliums), „Gemeinschaft“ (Öffnung zu den „Armen und Niedrigen“, Mitverantwortung des ganzen Gottesvolkes), „Dienst“ (an den Völkern Lateinamerikas – für die Gerechtigkeit) und „Prophetie“ (besonderer Auftrag der

Kirche angesichts der „Qualen, die unser Kontinent zu Unrecht erleidet“).

Neben dem Arbeitsdokument werden den Bischöfen in Puebla noch zwei *Handbücher* vorliegen, von denen Kardinal Lorscheider sagte, sie seien im Grunde viel wichtiger, lebendiger, konkreter und dezidiert als das ‚synthetische‘ Arbeitsdokument: eine Zusammenstellung aller Beiträge der na-

tionalen Bischofskonferenzen und der Erfahrungsbericht der lateinamerikanischen Ordensleute – sie stellen 80% der Träger der Evangelisierung in Lateinamerika –, deren Präsenz in Puebla (Führungsgremium der lateinamerikanischen Ordensvereinigung CLAR und 16 weitere Ordensleute) vom Vatikan erst nach mehrfachem Einspruch von 5 auf 21 Delegierte heraufgesetzt wurde.

G. B.

Politische und gesellschaftliche Entwicklungen

Das Atom-„Nein“ in Österreich

Die Kirche plädiert für neuen Lebensstil

Euphorie bei den Atomgegnern, Katzenjammer in der Wirtschaft und bei Gewerkschaftsfunktionären prägen die Stimmung in Österreich nach dem überraschenden Ausgang der Atom-Volksabstimmung am 5. November, die mit einem ganz knappen Sieg der Gegner des Atomkraftwerkes Zwentendorf endete. Bei nahezu fünf Millionen Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 64 Prozent gaben nicht ganz 30000 „Nein“-Stimmen den Ausschlag: Die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf bei Wien wurde mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,47 Prozent der gültigen Stimmen abgelehnt. Die Sozialistische Partei, die seit 1970 die Alleinregierung in Österreich stellt, und deren Vorsitzender *Bruno Kreisky* sein ganzes Prestige aufgeboten hatte, um das zunächst ziemlich sicher erscheinende „Ja“ zu Zwentendorf zu garantieren, hat unter dem Eindruck der unerwarteten Niederlage das Steuer jäh herumgeworfen: Die SPÖ lud die beiden anderen im Parlament vertretenen Parteien ein, dem Volksentscheid zu entsprechen und *gemeinsam ein Gesetz zu verabschieden, das Atomkraftwerke in Österreich grundsätzlich verbietet*. Eine Änderung dieser gesetzlichen Bestimmung soll nur nach dem Votum einer neuerlichen Volksabstimmung möglich sein. Sowohl die Volkspartei (ÖVP) als auch die Freiheitlichen (FPÖ) erklärten sich bereits prinzipiell bereit, einem derartigen Gesetzentwurf zuzustimmen. Was mit dem Atomkraftwerk Zwentendorf, der „teuersten Ruine Europas“, geschehen soll, ist nach wie vor ungeklärt. Vorschläge, das betriebsfertige Gebäude, das mit einer Bausumme von insgesamt 8 Milliarden Schilling (1,2 Milliarden DM) fertiggestellt wurde, nunmehr abzureißen, einzumotten oder

zu einem kalorischen Kraftwerk umzugestalten, werden noch geprüft.

Der vorläufige Schlußpunkt einer heftigen Auseinandersetzung

Der Paukenschlag des „Nein“ bei der Atomabstimmung war der vorläufige Schlußpunkt der heftigen österreichischen Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Atomenergie, die immer mehr *von den taktischen Ränken der politischen Parteien überlagert* worden ist. Der Beschluß, das erste österreichische Atomkraftwerk in Zwentendorf (Niederösterreich) zu bauen, geht noch auf einen Beschluß der ÖVP-Alleinregierung zurück, der Ende der sechziger Jahre gefaßt wurde. ÖVP und SPÖ waren damals einhellig für diesen Bau. Erst später, unter dem Eindruck der widersprüchlichen internationalen Diskussion über die Atomkraft, änderte sich dieses Bild.

Vor allem nach der spektakulären Atom-Niederlage des schwedischen Ministerpräsidenten *Palme* wurde Bundeskanzler Kreisky immer zurückhaltender: Er lehnte es ab, die *Bundesregierung* mit dem Beschluß über die Inbetriebnahme von Zwentendorf zu befassen, obwohl dies laut Verfassung und Gesetz völlig ausgereicht hätte. Kreisky bemühte sich, die Entscheidung in das *Parlament* zu verlagern, um auch die beiden anderen Parteien mit einzubinden, obwohl die absolute Mehrheit der SPÖ bei weitem ausgereicht hätte, um den gar nicht erforderlichen Beschluß des Nationalrates zu fassen. Als sich die beiden Oppositionsparteien dagegen sträubten, in die Verant-

wortung der Regierung und Parlamentsmehrheit einbezogen zu werden, versuchte Kreisky die Flucht nach vorne: Er setzte eine Volksabstimmung über dieses Thema an, nachdem er noch wenige Monate vorher einen ÖVP-Vorschlag, eine Volksabstimmung durchzuführen, abgelehnt hatte. Ein Kuriosum am Rande: Seit der Volksabstimmung, die Hitler am 10. April 1938 befahl, um den „Anschluß“ an Deutschland zu besiegeln, hat es in Österreich kein derartiges Plebiszit mehr gegeben, obwohl es in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist.

Noch im Sommer und Frühherbst sagten alle *Meinungsforschungsinstitute* übereinstimmend eine breite Mehrheit zugunsten Zwentendorfs voraus, wenn auch die Zahl der Unentschiedenen in allen Umfragen als außergewöhnlich hoch angegeben wurde. Um diese Unentschiedenen zu beeinflussen, begann die Elektrizitätswirtschaft mit einer aufwendigen Propagandakampagne, deren Kosten mit etwa 30 Millionen Schilling (mehr als 4 Millionen DM) beziffert wurde. Dazu kamen noch Inserate der Industrie. Dieser „Für-Zwentendorf“-Allianz trat schließlich die Sozialistische Partei und der überparteiliche, aber sozialistisch geführte Österreichische Gewerkschaftsbund bei, der für den Fall einer Ablehnung von Zwentendorf akute Gefahren für die Arbeitsplätze prognostizierte.

Dieser Phalanx der *Kernkraft-Befürworter*, denen zahlreiche Plakate, Inserate und auch Werbesendungen im Fernsehen zur Verfügung standen, hatten die Atomgegner nicht viel entgegenzusetzen. Es fehlte ihnen einfach das Geld, um dem Propagandafeldzug der Regierungspartei, der Gewerkschaft und der Industrie auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen. Schon im Lauf der Sommermonate zeigte sich jedoch, daß die Atomgegner mit beispiellosem Einsatz für ihre Sache kämpften und daß ihre materiell sehr dürftig ausgestatteten Werbemittel gerade bei der jüngeren Generation, vor allem bei Studenten, enorme Wirkungen auslösten. Zu den passionierten Umweltschützern, die zunächst den Kern der Atomgegner bildeten, stießen immer mehr junge Leute, die den „Wachstumsfetischismus“ ablehnten und einen neuen Lebensstil forderten. Dazu kamen *radikale Demokraten* und auch *Liberale*, die vor dem „Atomstaat“ warnten, linke Sozialisten verschiedenster Spielarten, die ihre grundsätzliche Kapitalismuskritik nun gegen Atomkraftwerke einsetzten, und schließlich viele *katholische und evangelische Christen*, die sich in der Frage der Abtreibung für den umfassenden Schutz des Lebens eingesetzt hatten und die nun die logische Konsequenz ihrer grundsätzlichen Haltung in einer entschiedenen Ablehnung aller Atompläne sahen.

Ringens um ethische Wertmaßstäbe

Der *Hungerstreik Vorarlberger Frauen und Mütter*, die sich zum überwiegenden Teil als Christen bekannten und auf diese Weise vor dem Bundeskanzleramt in Wien gegen Atomkraftwerke demonstrierten, war ein Signal für diese verbreitete Einstellung in christlichen Kreisen.

In richtiger Einschätzung dieser Stimmung und der Sprengkraft des Problems hatte der Kardinal von Wien, *Franz König*, schon im Winter 1976 eine *Kommission* eingesetzt, die sich mit den ethischen Fragen im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Atomenergie befaßte. Im August 1977 wurde der Kardinal in Flugblättern aufgefordert, im Namen der Kirche eine *verbindliche Erklärung* zur Atomenergie abzugeben. Daraufhin ließ der Kardinal Ende August des Vorjahres im Wiener Stephansdom eine Erklärung verlesen, in der es hieß, es sei ein Zeichen von Verantwortungsbewußtsein, wenn sich viele Menschen über die Auswirkung von Atomkraftwerken Gedanken machen und von schwerer Sorge erfüllt sind über mögliche gefährliche Auswirkungen, „die wir heute noch gar nicht abschätzen können“. Der Kardinal meinte, er sei kein Atomphysiker, kein Vererbungsforscher, kein Fachmann auf dem Gebiet des Umweltschutzes. In Fachfragen müsse er sich genauso wie jeder andere auf die Fachleute verlassen, und bei diesen stehe in der Atomfrage Meinung gegen Meinung. Ein Mehrheitsbeschuß von Fachleuten könne dieses Dilemma nicht beenden: „Wenn auch nur eine ernsthafte Stimme gegen den Bau von Atomkraftwerken spricht, darf darüber nicht hinweggegangen werden.“ Abschließend fügte der Kardinal die Frage an, ob nicht eine ernste Überlegung von uns allen eine gewisse Änderung unserer Lebenshaltung notwendig mache, einen unter Umständen schmerzlichen Schritt von der Verschwendung zur Sparsamkeit: „Sind wir dazu mit allen Konsequenzen bereit?“

Nach Abschluß der Beratungen der Kommission wurde ein Dokument ausgearbeitet, das die österreichischen Bischöfe zur Grundlage ihrer Erklärung zur Atomenergie vom November 1977 nahmen. In dieser Erklärung werden alle Bemühungen begrüßt und unterstützt, die in der Energiediskussion *ethischen Wertmaßstäben* Geltung verschaffen wollen. In der Schlüsselfrage der Inbetriebnahme von Atomkraftwerken zeigte sich die Bischofskonferenz im Herbst 1977 jedoch außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend: „Sollte sich in der sorgsam Prüfung ergeben, daß ohne die Nutzung der Kernenergie tatsächlich die lebenswichtige Energieversorgung nicht mehr sichergestellt werden kann und dadurch eine schwerwiegende Beeinträchtigung individuellen und gesellschaftlichen Lebens zu befürchten wäre, so ist trotz der Risiken eben diese Kernenergienutzung vertretbar, vorausgesetzt, daß höchstmögliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind.“

Gegen diese Formulierungen gab es innerkirchlich manche Proteste, die aber kaum größere Wirkungen erzielten. Um so nachhaltiger wirkte sich in mehreren Diözesen der Entschluß aus, im Katholischen Bildungswerk Atomkritiker, die sonst kaum Gelegenheit hatten, in der Öffentlichkeit sprechen zu können, zu Wort kommen zu lassen. Zusammen mit der intensiven *innerkatholischen Meinungsbildung*, die von kleinen, engagierten Gruppen in katholischen Organisationen ausging, wurden auf diese Weise die Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Atomkraftwerken im

katholischen Bereich immer stärker. Wie sehr diese kritische Einstellung in Kernschichten der Kirche zunahm, belegt die aufsehenerregende EntschlieÙung, mit der der steirische Diözesanrat schon am 5. März 1978 – lange vor der Fixierung der Volksabstimmung – jede Inbetriebnahme von Atomkraftwerken ablehnte. In dieser EntschlieÙung wird diese Haltung als konsequente Fortsetzung des Eintretens für den umfassenden Schutz menschlichen Lebens bezeichnet. In der Resolution wird auf die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ hingewiesen, in der ausgeführt wird, die gesellschaftliche Ordnung und ihre Entwicklung müÙten sich dauernd am Wohl der Personen orientieren, denn die Ordnung der Dinge müsse der Ordnung der Personen dienstbar werden und nicht umgekehrt. Zur Sache selbst heiÙt es dann in der EntschlieÙung: „Die durch die Verwendung der Kernenergie erwarteten kurzfristigen Vorteile dürfen uns nicht blind machen für die langfristigen Probleme höherer Ordnung. Und daher halten wir aus ethischen Gründen die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken in Österreich und im Ausland nach dem derzeitigen widersprüchlichen Stand der Diskussion für nicht verantwortbar. Der Diözesanrat bittet alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, durch größtmögliche Anstrengungen alle Maßnahmen des geplanten Energiesparens und des Ausbaues von alternativen Energieformen zu fördern.“

Die Bedeutung dieser EntschlieÙung wurde im Frühjahr weithin nicht erkannt. Allgemein herrschte die Überzeugung vor, daß sich ein Industrieland wie Österreich dem allgemeinen Trend zur friedlichen Nutzung der Atomenergie nicht entziehen könne, und die Widerstände in den Parteien waren kaum grundsätzlicher, sondern taktischer Natur: In der SPÖ wie in der ÖVP ging es um die Frage, wie man bei der bevorstehenden Atom-Entscheidung die andere Partei in eine möglichst deutliche Mitverantwortung einbinden könnte.

Meinungsumschwung seit Frühjahr

Abseits der großen Parteiapparate und Medienstrukturen vollzog sich jedoch im Frühjahr und Sommer eine *Meinungsänderung*, deren Tragweite allgemein unterschätzt wurde. Die Widersprüche der Wissenschaftler, die immer eklatanter wurden, die unabsehbaren Konsequenzen der Atomkraft, die vielen Generationen über Tausende Jahre schwierige Probleme bereiten würde, unbestimmte Zukunftssängste, Unbehagen über die anonyme, hochtechnisierte Gesellschaft unserer Tage, Auswüchse eines Lebensstils, der jegliche Verschwendung begünstigt – alle diese Aspekte verdichteten sich zu wachsender Kritik an der technokratischen Apologie der Atomkraft.

Kennzeichnend für diesen Wandel der Auffassungen ist die *Resolution der Katholischen Aktion Österreichs*, die im September 1978 beschlossen wurde und die sich von der Empfehlung der Bischofskonferenz zehn Monate zuvor in auffällender Weise unterschied: Jetzt hieß es, wer Schwierigkeiten habe, im jetzigen Zeitpunkt zu einem eindeuti-

gen Ja oder Nein zu kommen, sollte im Zweifel „für jenen Weg eintreten, der kommenden Generationen keine unwägbareren Risiken aufbürdet, sondern auf Zwentendorf verzichtet, bis andere, weniger riskante Energiequellen erschlossen sind“. In der Resolution heiÙt es schließlich sehr bestimmt: „Die Verantwortung von uns allen endet nicht mit der Abgabe des Stimmzettels. Die Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß auch zur Besinnung darüber Anlaß geben, wie die Gesellschaft in Zukunft aussehen soll: Die forcierte Ausbeutung der Atomenergie kann zu einem Maß an Sicherheitsauflagen und Kontrollvorkehrungen führen, das unsere Freiheit in Gefahr bringt. Quantitatives Wachstum und materieller Wohlstand können nicht die alleinigen Gradmesser des Fortschritts sein.“

Während sich die katholischen Bischöfe zu dem Atom-Problem nicht mehr zu Wort meldeten, gab der evangelische Bischof *Oskar Sakrausky* eine besonders plakative Stellungnahme zur Volksabstimmung ab, in der er die Atomenergie als „eine weitere Möglichkeit zur Auflehnung gegen Gott und zu einer Vernichtung der Mitmenschen“ bezeichnete. „Was wir brauchen“, so unterstrich Bischof Sakrausky, „ist nicht die große Macht der Atomenergie, die uns zum Mißbrauch verführt, sondern die Liebe, die uns zugunsten des Armen verzichten läÙt. Nur so kann eine neue und bessere Welt gebaut werden.“

Diese Äußerung, von mancher Seite als romantisch oder pietistisch beurteilt, reflektierte jene *Stimmung im christlichen Bereich*, die sich zu den rational begründeten Gegenargumenten hinzugesellte. Mitten hinein in diese vielschichtigen Meinungsbildungsprozesse platzte in der zweiten Oktoberhälfte die Ankündigung des Bundeskanzlers Bruno Kreisky, er betrachte die Volksabstimmung auch als Plebiszit für oder gegen die SPÖ, ja für oder gegen ihn selbst. Kreisky, der damit sein ganzes Prestige einsetzte, kündigte gleichzeitig Maßnahmen gegen Atomkritiker innerhalb der eigenen Partei an und ließ durchblicken, daß sein Rücktritt bei einem negativen Ausgang der Volksabstimmung nicht ausgeschlossen wäre.

Diese Erklärungen Kreiskys führten zu einer zusätzlichen Verunsicherung breiter Wählerschichten, viele Leute im Lager der beiden Oppositionsparteien, die ursprünglich mit „Ja“ stimmen wollten, wurden dadurch in die Reihen der Atomgegner getrieben. Andererseits entschlossen sich so manche treue Sozialisten, die sonst vielleicht gar nicht zur Volksabstimmung gegangen wären, jetzt doch zur Stimmabgabe – ging es doch um das Schicksal ihrer Partei, wie der Vorsitzende Kreisky beredt verkündete.

Die ohnehin schon so komplizierte Sachfrage des Atom-Themas vermischte sich auf diese Weise mit *parteitaktischen Überlegungen* so eng, daß man sie nicht mehr präzise auseinanderklauben konnte. Selbst die Aussagen von Wissenschaftlern kamen nun, in der Endrunde vor dem Abstimmungstag, in parteipolitisches Zwielficht: Gelehrte, die sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie aussprachen, setzten sich dem Verdacht aus, dem sozialistischen Parteivorsitzenden Vorspanndienste zu leisten. Andererseits wurden Atom-Kritiker von der Regierungspar-

tei beschuldigt, das „Spiel der Opposition“ mitzuspielen, und der an der Wiener Universität lehrende Geologe Prof. *Alexander Tollmann* wurde von Kreisky persönlich aus dem Saal gewiesen, als er bei einer sozialistischen Bürgermeisterkonferenz in Zwentendorf auf Gefahren des Kraftwerkes aufmerksam machen wollte.

Die Dinge überschlugen sich nun: In den Zeitungen erschienen Inserate, die von Schauspielern, Professoren, Ärzten, Pfarrern, Wirtschaftstreibenden aus der eigenen Tasche gezahlt wurden und in denen gegen den Mißbrauch der Volksabstimmung protestiert wurde. Besonderes Interesse fand nun eine Bürgerinitiative sozialistischer Atomgegner unter der Führung des früheren Chefredakteurs des SP-Zentralorgans „Arbeiterzeitung“, *Paul Blau*. Eine *überfraktionelle Initiativgruppe „Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke“*, die bereits ein Jahr zuvor gegründet worden war, opponierte heftig gegen die Haltung des Gewerkschaftsbundes. In plötzlich auftauchenden Wahlinseraten katholischer Organisationen wurde das Atomproblem eindringlich als Gewissensfrage deklariert und die Bevölkerung aufgefordert, mit „Nein“ zu stimmen. Gleichzeitig weigerten sich verschiedene Elektrizitätsgesellschaften, mit ihren Werbeeinschaltungen indirekt für die SPÖ zu agitieren, und zogen ihre Aufträge in Zeitungen und elektronischen Medien zurück: Das Tohuwabohu war total.

Von den Oppositionsparteien empfahl nur die FPÖ ein eindeutiges „Nein“. Die ÖVP blieb bis zuletzt auf einem „Jein“-Kurs: Sie überließ es der Verantwortung der Stimmbürger, ihre Gewissensentscheidung zu fällen, versuchte aber auf zahlreichen Umwegen, die Atom-Kritiker zu unterstützen. Das starke Interesse der Industrie und Wirtschaft an der Atomenergie verhinderte von allem Anfang an eine klare „Nein“-Parole der ÖVP, die eine überzeugende Linie nicht finden konnte.

Kein bundesweiter Trend, aber „Alternativ-Atmosphäre“

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. November brachte dann mit dem knappen „Nein“ zu Zwentendorf die Niederlage für Kreisky, die dieser voll und ganz auf sich nahm, um in einer neuen, überraschenden Wendung zusätzliche Vollmachten seiner Partei zu erhalten. Bemerkenswert an dem Ergebnis der Volksabstimmung ist vor allem, daß es keinen bundesweiten Trend gegeben hat. Wie

schon bei anderen Gelegenheiten wurde auch diesmal eine auffallende Teilung zwischen Ost- und Westösterreich sichtbar: So stimmten die vier westlichen Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg mit Anteilen von 52 bis 84 Prozent mit „Nein“, während die fünf östlichen Länder mit „Ja“ stimmten, sogar das traditionell „schwarze“ Niederösterreich, wo Zwentendorf liegt. Insgesamt ist es der SPÖ gelungen, in den Industriegebieten hohe Beteiligungsziffern an der Volksabstimmung zu erreichen, während die Wahlbeteiligung in den ländlichen Bezirken viel geringer war. Umgekehrt stimmten die großen Städte – an der Spitze Wien – wesentlich deutlicher gegen Zwentendorf als die kleineren Orte und Städte. Nach diesem unerwarteten Ausgang der Volksabstimmung, zu deren meinungsbildenden Faktoren sogar die „Neue Zürcher Zeitung“ ausdrücklich die Kirche zählte, wird in Österreich jetzt viel über *Alternativen* gesprochen: Alternativen im Energieverbrauch, Alternativen in der Energieproduktion, Alternativen im ganzen Lebensstil. Zwei Tage nach der Volksabstimmung traten die *österreichischen Bischöfe* zu ihrer traditionellen Herbstkonferenz zusammen, und offenkundig unter dem Eindruck der weitverbreiteten „Alternativ-Atmosphäre“ heißt es in einer Empfehlung der Konferenz zum Thema „Einfacher leben“: „Die Entwicklung der Welt stellt uns alle immer mehr vor die Frage, ob unser derzeitiger Lebensaufwand erhalten werden kann und darf. Das Evangelium gibt uns Maßstäbe für ein Leben, das über bloßes Streben nach Profit, Reichtum und Luxus hinausführt. Unser Glaube verpflichtet uns heute besonders, unser eigenes Leben zu überprüfen. Wir sehen mit Freude, wie vor allem bei den Jugendlichen der Sinn für ein einfaches Leben wächst. Wir ermutigen alle, die mit Ernst und christlicher Verantwortung neue Formen des Lebensstils erproben.“

In einer Pressekonferenz wiesen Bischof *Johann Weber* (Graz) und Weihbischof *Alois Wagner* (Linz) darauf hin, daß im kirchlichen Bereich immer mehr Gruppen versuchten, einen neuen Lebensstil zu erproben. Einige solcher Gruppen seien dazu übergegangen, ihre Gehälter in einen gemeinsamen Topf zusammenzulegen und dann auf alle gleich zu verteilen, nachdem ein größerer Betrag für Projekte der Entwicklungshilfe abgezweigt wurde. Solche Projekte seien als praktischer Protest gegen die Wegwerf-, Profit- und Konsumgesellschaft nicht immer und nicht bei allen gern gesehen; die Bischofskonferenz wolle aber mit ihrer Empfehlung solche Initiativen unterstützen und ermutigen.

Fritz Csoklich

Das Verständnis des Menschen und die Politik

Zum Grundsatzprogramm der CDU

Zum Abschluß eines Parteitages ohne besondere Höhepunkte, aber nach 18stündiger intensiver und durchwegs auf gutem Niveau geführten Debatte hat die CDU am 27. Oktober in Ludwigshafen ihr Grundsatzprogramm verabschiedet.

Es ist das erste seit ihrer Gründung: das sog. Ahlener Programm von 1946 war nie von der Gesamtpartei angenommen worden. Das Berliner Programm von 1968, das noch aus der Zeit der Großen Koalition stammt und auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971, als die Unionsparteien sich